

**SAFER WORLD is a private independent international internet information network [www.safer-world.org](http://www.safer-world.org)**

**newsletter 21 / 01. 03. 2002**

TV:

1) NDR, 3. Programm, 10.3.02 , 17. 00 bis 17.30, in der Sendung BINGO u.a. ein Beitrag zu MCS

2) 3Sat, In der 3Sat-Sendung "dialneues" vom 11.02.2002 wurde für den 11.03.2002 ein Neues-Spezial mit dem Thema. "Mobilfunk - Kommunikation auf Kosten der Gesundheit" angekündigt.

=====

BUCH:

Werner, Klaus Weiss, Hans, Schwarzbuch Markenfirmen. Die Machenschaften der Weltkonzerne, Deuticke Wien/Frankfurt 2001, 19,90 Euro, (Klare Gliederung, geschickte Verbindung zwischen Nachschlagewerk und Lesebuch, fundierte Kritik der Pharmaindustrie)

=====

KURZINFO:

Neues Uni-Institut mit Umweltmedizin als Schwerpunkt.

An der Universitaet Duesseldorf hat das Institut fuer umweltmedizinische Forschung (IUF) seine Arbeit aufgenommen. Schwerpunktmaessig erforschen die derzeit 70 Mitarbeiter die Grundlagen der Auswirkungen von Umweltfaktoren auf die Gesundheit. Lesen Sie weiter unter <http://www.aerztezeitung.de>

(Kommentar Scherrmann: Es waere sicher interessant, hier etwas Recherche-arbeit zu machen. Falls jemand dies uebernehmen kann, waere ich dankbar fuer ein feedback.)

Auf den Sondermüll: Kinder-Spielhosen mit Schadstoffen

<http://www.netdokter.de>

Ökolandbau in Entwicklungsländern - Weg aus Welthungerkrise /

Greenpeace überreicht Renate Künast neue Studie zur ökologischen Landwirtschaft

<http://www.presseportal.de>

In dubio pro Bundeswehr: Juristische Schlappe für Radar-Opfer

<http://www.netdokter.de>

Fehlkauf: Bundeswehr-Rucksäcke mit Giftstoffen belastet

<http://www.netdokter.de>

Studie über Medikamentenrückstände im Abwasser

Umweltbundesamt präsentiert Studie im Internet

<http://www.presstext.de>

Nachschlagewerk für Menschen mit Behinderung online

Datenbank HANDYNET gibt Überblick über Alten- und Pflegeheime und Produktinfos

<http://www.presstext.de>

US-Wissenschaftler fordert mehr Vorsicht bei Gentech-Pflanzen

Saatguthersteller weisen Kritik zurück <http://www.presstext.de>

Antibiotika-Honig: Tonnen müssen vernichtet werden

<http://www.netdokter.de/>

27.02. 2002: Bundesausschuß lehnt PET als Kassenleistung ab.

Die Positronen-Emissions-Tomographie (PET) erhält keine Zulassung als ambulante Kassenleistung. Das hat der Bundesausschuß Ärzte/Krankenkassen beschlossen. unter [www.aerztezeitung.de](http://www.aerztezeitung.de)

Fertiggerichte führen leicht zu Kopfschmerzen

Besonders in Fertiggerichten befindet sich der Zusatzstoff Natrium-Glutamat. Fast jeder dritte Deutsche reagiert mit Kopfschmerzen auf diesen Stoff. Auch in asiatischen Gerichten ist der Geschmacksverstärker häufig verarbeitet. <http://www.stern.de>

Kanton St. Gallen: Aufsicht über die Behinderteneinrichtungen

Kommentar zu Botschaft und Entwurf der St. Galler Regierung vom 27.2.01

Url steht nicht mehr oder mit geänderter Adresse im Internet

=====

MATERIALIEN:

Abschlußbericht zum Forschungsvorhaben AZ 6488-7/44-56 780

"Untersuchungen zur Aufklärung der Multiple Chemical Sensitivity (MCS) "

Autoren:

Prof. Dr. Th. Zilker

Dr. Susanne Bornschein

Dr. Constanze Hausteiner

Herausgeber:

Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen

Rosenkavalierplatz 2

81925 MÜNCHEN

mail: [poststelle@stmlu.bayern.de](mailto:poststelle@stmlu.bayern.de) (kostenlos)

-----

Kommentar Scherrmann: Allein die Lieraturliste ist aussagekraeftig:

Ganze 7 (in Worten sieben) Literaturquellen sind aufgefuehrt. 1998 gab es ueber 500 wissenschaftliche Veroeffentlichungen zu MCS, davon ueber die Haelfte, die von einer somatischen Krankheit ausgehen. Von den amerikanischen Autoren, die die psychische Erklaerung favorisieren, ist meistens deren Verhaeltnis zur Industrie bekannt. (siehe z.B. den Artikel von Dr. Campbell "MCS under siege", auf deutsch unter [www.safer-world.org/d/krank/MCS/campbell.htm](http://www.safer-world.org/d/krank/MCS/campbell.htm))

Solche Studien zementieren in Deutschland den viel zitierten "Stand der Wissenschaft".

Zweifel an der Wissenschaftlichkeit der vorliegenden Studie sind meines Erachtens durchaus angebracht. Kritikpunkte sind nicht nur die fehlende Literaturkenntnis, sondern viele weitere Punkte. Detailliertere Kritik ggf. per private email.

=====

Sonder-RUNDSCHREIBEN vom 20.02.02 von esmog-augsburg

Hallo,

aus aktuellem Anlass moechten wir Sie ganz kurz auf zwei hochbrisante Neugkieten zum Thema Mobilfunk hinweisen.

Details finden Sie jeweils ueber unserer Homepage unter

<http://www.esmog-augsburg.de>.

1. Sender werden abgeschaltet

Vorbildlich: Die portugiesische Regierung moechte nach den schrecklichen Leukaemiefaelen im Nachbarland Spanien alle Sender im Bereich von Schulen abschalten !!!

Wann reagiert jetzt endlich auch unsere Regierung ???

2. Sender neu versteckt

Am Augsburgener Koenigsplatz wurde nun die erste Mobilfunkbasisstation in einer Lifasssaule (vor der Bevoelkerung) versteckt !!!

5000 weitere sind so geplant !!!!!!!!!!!

Herzlichen Gruß

esmog augsburg

-----

Buergervereinigung zum Schutz der Menschen vor den Gesundheitsrisiken des Mobilfunks

=====

ZEITSCHRIFT:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport

Unabhängiger Informationsdienst zu Radioaktivität, Strahlung und Gesundheit.

ISSN 0931-4288 , [www.strahlentelex.de](http://www.strahlentelex.de),

Aus dem Inhalt vom 362-363/16. Jahrgang. 7. Februar 2002:

(Die vollständigen Texte finden Sie in der aktuellen Ausgabe. Sie können ein kostenloses Probeexemplar bestellen.)

Zum Themenbereich Radioaktivität - ionisierende Strahlung:

- Strahlenabfälle aus Arztpraxen und Laboren werden neuerdings mit dem Hausmüll entsorgt
- Auswirkung auf die Stadtreinigung durch die Aufgabe des Minimierungsgebots in der neuen Strahlenschutzverordnung

- Tschernobyl: Der zweite Sarkophag

- Die neue Strahlenschutzverordnung – Dokumentation 8:

- Von der Aushöhlung des Grenzwertes "Berufslebensdosis":

Die ursprünglich nur bis 1995 geltenden Übergangsbestimmungen der alten Strahlenschutzverordnung sind jetzt als unbegrenzt gültiger Normalfall geregelt. Eine Überschreitung der Berufslebensdosis beim früheren Uranbergbaubetrieb SDAG Wismut, der heutigen bundeseigenen Wismut GmbH, wird nicht weiter kontrolliert. Die heutigen Beschäftigten der Wismut in Sachsen und Thüringen können genötigt werden, noch mehr Strahlenbelastungen für sich zu akzeptieren. Strahlentelex präsentiert den 8. Teil seiner Dokumentation der Fehler der am 1. August 2001 in Kraft getretenen neuen Strahlenschutzverordnung.

- Strahlenwirkungen: Chromosomale Schäden nach chronischer Belastung durch Niedrigdosisstrahlung

Beruflich Strahlenbelastete sind besonders gefährdet

Bei im Gesundheitswesen Tätigen mit chronischen Belastungen durch Niedrigdosisstrahlung sind gehäuft Chromosomen-Aberrationen und Vertauschungen bei Schwesterchromatiden der Chromosomen zu finden. Das berichten Dr. Elza Sakamoto-Hojo von der Universität São Paulo in Brasilien und Kollegen in der Dezember-Ausgabe 2001 der Zeitschrift Teratogenesis, Carcinogenesis and Mutagenesis (2001;21:431-439). Chromosomale Aberrationen sind mit Prozessen der Krebsentstehung gekoppelt erklären die Autoren. So könne die zunehmende Anwendung von ionisierender Strahlung Grund für zunehmende genetische Instabilität und entsprechende gesundheitliche Folgen bei Beschäftigten in der Radiologie und Nuklearmedizin sein. Die Studie zeigt, daß Beschäftigte, die beruflich niedrig dosierter Gamma- und/ oder Röntgenstrahlung ausgesetzt sind, eine höhere Zahl von Chromosomenschäden aufweisen als vergleichbare Kontrollpersonen, obwohl die anhand der personendosimetrischen Überwachung ermittelten kumulierten absorbierten Dosen innerhalb der von der Internationalen Strahlenschutzkommission (ICRP) etablierten Grenzen geblieben sind, schlußfolgern die Autoren.

- Strahlenwirkungen: Vermehrt Chromosomenschäden und erhöhtes Krebsrisiko bei radonexponierten Bergleuten

Wissenschaftler des National Institute of Public Health in Prag (Z. Smerhovsky et al., Mutat. Res. 2002 Feb. 15; 514 (1-2):165-176) haben die Daten von über 1323 Zellproben (Untersuchungen von Chromosomen-Aberrationen an Lymphozyten des peripheren Blutes) und 225 Personen ausgewertet, die wegen beruflicher Radon-Exposition in einer Stärke von 1,7 bis 662,3 working level month (WLM) untersucht worden waren. Chromatidbrüche waren demnach die am häufigsten zu beobachtenden Aberrationstypen, die statistisch signifikant mit der Radonexposition korreliert waren. Auch korrelierte die Frequenz aberranter Zellen mit der Radonexposition. Rauchen und Silikose waren demnach nicht mit den Ergebnissen der Zellanalysen assoziiert. Eine Regressionsanalyse, so die Autoren, habe einen starken statistischen Zusammenhang zwischen Krebshäufigkeit und der Häufigkeit von Chromatidbrüchen und aberranten Zellen ergeben.

- Uranmunition: Chromosomenschäden bei Golfkriegsveteranen nachgewiesen  
Britische Soldaten, die in kriegerischen Auseinandersetzungen mit Uranmunition (abgereichertes Uran, DU) in Berührung gekommen waren, haben substantielle genetische Schäden erlitten. Das ist Ergebnis einer neuen Untersuchung an acht Veteranen der Konflikte am Golf 1991, in Bosnien und im Kosovo. Sie weisen eine zehnfach höhere Zahl an deformierten Chromosomen auf, als im Bevölkerungsdurchschnitt zu finden sind, verbunden mit einem entsprechend höheren Risiko an Krebs zu erkranken und mißgebildete Kinder zu zeugen. Das berichtete in der britischen Zeitung The Express (Dec. 24, 2001, p. 24) Dr. Albrecht Schott, emeritierter Chemieprofessor an der Freien Universität Berlin, der die Untersuchung koordiniert.

- Radarsoldaten: Verteidigungsminister ließ erst fünf Radaropfer anerkennen  
Der Skandal um die Verstrahlung von Soldaten an Radargeräten weitet sich aus. Bisher haben 2.269 ehemalige oder aktive Soldaten einen Antrag auf Anerkennung von Strahlenschäden gestellt, die sie beim Umgang mit Radargeräten erlitten hatten. 406 der Betroffenen sind bereits gestorben, meist an Leukämie, Lymphomen und Hodenkrebs. Radargeräte sondern auch starke Röntgenstrahlung ab, gegen die in der Vergangenheit keine geeigneten Schutzvorkehrungen getroffen worden waren. Strahlentelex hatte ausführlich berichtet (Nrn. 348-349/Juli 2001, 340-341/März 2001, 338-339/Februar 2001). Noch im Juni 2001 hatte Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) zugesagt, noch im selben Jahr für die Strahlenopfer der Bundeswehr eine "streitfreie und großherzige" Regelung zu finden. Bis Mitte Dezember 2001 sind jedoch erst fünf Betroffene als wehrdienstbeschädigt zwischen 30 und 100 Prozent anerkannt worden. Dagegen wurden bislang 226 Fälle abgelehnt.

- Atomgesetz: "Zweck des Gesetzes ist es, (...) den geordneten Betrieb sicherzustellen"  
Nach dem Beschluß des Bundestages im Dezember 2001 hat die Atomnovelle am 1. Februar 2002 im Bundesrat auch ihre letzte Hürde genommen.

Die "geordnete Beendigung" der Atomenergienutzung bei der gewerblichen Stromerzeugung habe der deutsche Bundestag mit dem neuen Atomgesetz am 14. Dezember 2001 mit den Stimmen der eigenen Regierungskoalition beschlossen, meinen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit wurden laut deren Aussage "umstrittene Änderungen" durch die achte Atomgesetznovelle vom 6. Juli 1998 aufgehoben, in der noch von einer Förderung der Atomenergie die Rede gewesen sei. Das neue Gesetz solle "unverhältnismäßige Belastungen der betroffenen Unternehmen" vermeiden helfen. Die Amortisation der Atomkraftwerke, ein angemessener Gewinn und Planungssicherheit für die Energiewirtschaft seien erklärte Ziele des Gesetzes.

- Atomwirtschaft: In Finnland soll ein neues Atomkraftwerk gebaut werden  
Während in Deutschland und Schweden der Ausstieg aus der Kernenergie versucht wird und in Österreich Unterschriften gegen das benachbarte Atomkraftwerk Temelin gesammelt werden, will man in Finnland dazubauen. Am 17. Januar 2002 hat die finnische Regierung mit zehn zu sechs Stimmen einem Antrag des Energiekonzerns Teollisuuden Voima Oy (TVO) zugestimmt, in Finnland ein fünftes Atomkraftwerk zu bauen. Der Beschluß war von der europäischen Energiewirtschaft, besonders in Deutschland und Frankreich, und von der Umweltbewegung mit Spannung erwartet worden. Der Bau des Kraftwerks wird der erste in Europa seit Jahren sein, falls er verwirklicht wird. Die endgültige Entscheidung soll das Parlament in Helsinki im Mai fällen. Ein früherer Antrag war 1993 im Parlament gescheitert.

- Atompolitik: Österreichisches Volksbegehren des Rechtspopulisten Haider gegen das tschechische AKW Temelin war erfolgreich  
Rund 915.000 Österreicher, das sind 15,5 der Wahlberechtigten, haben das Volksbegehren der Freiheitlichen Partei (FPÖ) gegen das tschechische Atomkraftwerk Temelin unterschrieben. Ziel der Aktion war es, dem Nationalrat in Wien die Ratifizierung des EU-Beitrittsvertrages mit Tschechien nur dann zu erlauben, wenn Temelin abgeschaltet wird und Tschechien "völkerrechtlich bindend" aus der Atomenergie aussteigt. Bereits bei mehr als 100.000 Unterschriften gilt das Begehren als Gesetzesantrag, der im Parlament verhandelt werden muß.

- Atommüll: Transporte zur Wiederaufarbeitung genehmigt  
Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat zuletzt im Januar 2002 der Nuclear Cargo +

Service GmbH drei Transporte abgebrannter Brennelemente aus dem Atomkraftwerk Stade zur Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague (Frankreich) und 2 Transporte aus dem Atomkraftwerk Unterweser zur Wiederaufarbeitungsanlage in Sellafield (England) genehmigt. Die Transporte müssen bis zum 15. März 2002 durchgeführt werden, teilte das BfS mit. Die konkreten Termine sind zudem mit den Innenministerien der vom Transport betroffenen Bundesländer abzustimmen.

- Atompolitik: Keine neue europäische Forschungsförderung mehr für neue Atomkraftwerke  
Ab Sommer 2002 soll es keine europäischen Forschungsmittel mehr für die Entwicklung neuer Atomreaktoren geben. Das hat der europäische Forschungsministerrat Mitte Dezember 2001 beschlossen. Bei der Kernspaltung soll jetzt nur noch Sicherheitsforschung an bestehenden Anlagen sowie Entsorgungsforschung betrieben werden. Gleichzeitig einigte sich der Forschungsministerrat, darauf, insgesamt 810 Millionen Euro für die Erforschung von erneuerbaren Energien und Energietechnologien auszugeben. Das sind 180 Millionen Euro mehr als die Europäische Kommission vorgeschlagen hatte.

- Buchmarkt: Strahlenphysik, Dosimetrie und Strahlenschutz

In den letzten Jahren wurde die Trennung der medizinischen Radiologie in die Einzeldisziplinen Radiologie (früher Röntgendiagnostik), Nuklearmedizin, Strahlentherapie und Medizinphysik vollzogen. Das jetzt im B.G. Teubner Verlag erschienene, von Dr. Hanno Krieger verfaßte Lehrbuch Strahlenphysik kommt den erhöhten Anforderungen an die medizinisch-physikalische und medizinisch-technische Aus- und Weiterbildung der beteiligten Berufsgruppen nach. Es bietet anwendungsbezogene, physikalisch-technische und messtechnische Lerninhalte in den Bereichen Strahlungsquellen in der medizinischen Radiologie, Strahlungsdetektoren und Klinische Dosimetrie. Hanno Krieger: Strahlenphysik, Dosimetrie und Strahlenschutz, Bd. 2: Strahlungsquellen, Detektoren und klinische Dosimetrie. B.G. Teubner Verlag, 3. Aufl. Wiesbaden 2001, ISBN 3-519-23078-X, 430 S., DM 78,-.

Elektrosmog - elektromagnetische Felder

- Epidemiologie: Zunahme von Fehlgeburten

Kalifornische Wissenschaftler haben in einer großen epidemiologischen Studie mit 1.000 schwangeren Frauen nahezu eine Verdopplung der Fehlgeburten-Rate ermittelt, wenn sie erhöhten Spitzenwerten elektromagnetischer Felder ausgesetzt waren. Die Schwelle für ein erhöhtes Risiko lag bei etwa 1,6 Mikrotelsla. Die durchschnittliche Magnetfeldexposition war dagegen nicht mit der Fehlgeburtenrate assoziiert. Die Studie von Dr. De-Kun Li und seinen Kollegen vom Kaiser-Stiftung-Forschungsinstitut in Oakland hat in Kalifornien bereits zur Initiierung von öffentlichen Anhörungen geführt, auf der die Ergebnisse diskutiert werden sollen. Bisherige Studien zum Zusammenhang von niederfrequenten Magnetfeldern und Fehlgeburten hatten überwiegend keinen Einfluss ermittelt. Allerdings waren bisher durchschnittliche Expositionen betrachtet worden und keine Expositionsspitzen.

- Technik/Politik: Erster EMVU-Sachverständiger in NRW ernannt

Bundesweit gibt es bislang erst wenige EMVU-Sachverständige. Als im April 2000 in Oberbayern die ersten zwei EMVU-Sachverständigen im süddeutschen Raum öffentlich bestellt und beeidigt wurden, stieg die Zahl auf bundesweit vier Sachverständige - die zwei weiteren waren in Bremen und Wilhelmshaven ansässig (vgl. Elektrosmog-Report vom Mai 2000). Inzwischen gibt es bundesweit circa 10 EMVU-Sachverständige, davon 5 von den Industrie- und Handelskammern (IHK) bestellte. Am 31. Januar 2002 wurde Dr. Peter Nießen, Diplomphysiker, EMF-Experte am nova-Institut und Mitglied der Redaktion des Elektrosmog-Reports im Strahlentelex, vor der Industrie- und Handelskammer zum ersten öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen für EMVU in Nordrhein-Westfalen (NRW) ernannt. Herzlichen Glückwunsch! Da bislang noch keine Standards für die Prüfung festgeschrieben sind, mussten bisherige Gutachten eingereicht und verschiedene Expertenschulungen und mündliche Prüfungen absolviert werden. Seine Tätigkeit ist nicht auf NRW beschränkt. EMF@nova-institut.de

- Politik: Statt Novellierung der Elektrosmog-Verordnung: Selbstverpflichtung der Industrie und Forschungsgelder

Nun ist es offiziell: Unter der jetzigen Regierung wird es keine Novellierung der 26. BImSchV geben, keine neuen Grenzwerte und auch keine Vorsorgewerte. Die UMTS-Lizenznehmer

haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, um eine Verschärfung der jetzigen Regelungen zu verhindern, die den Aufbau der UMTS-Netze deutlich aufwendiger und teurer gemacht hätte. Im Gegenzug sind die UMTS-Betreiber eine Reihe von (unverbindlichen) Selbstverpflichtungen eingegangen und haben den EMF-Forschungsetat um 8,5 Millionen Euro aufgestockt.

-Veranstaltungen

Gesamtumfang der Texte der aktuellen Ausgabe: 16 Seiten.

Die nächste Ausgabe folgt am Donnerstag, den 7. März 2002.

Strahlentelex mit ElektrosmogReport ,Unabhaengeriger Informationsdienst zu Radioaktivitaet, Strahlung und Gesundheit. ISSN 0931-4288 , [www.strahlentelex.de](http://www.strahlentelex.de),  
Kostenloses Probeexemplar: Th. Dersee, Rauxeler Weg 6, D-13507 Berlin, email:  
[Strahlentelex@t-online.de](mailto:Strahlentelex@t-online.de)

=====  
POLITIK:

HEUTE IM BUNDESTAG PRESSEDIENST DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Auswärtiges/Gesetzentwurf

KOMMISSION ZUM SCHUTZ DER OSTSEE VOLLE UNABHÄNGIGKEIT ZUSICHERN

Berlin: (hib/SAS) Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf (14/8217) vorgelegt, mit dem der Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee die "volle Unabhängigkeit" zugesichert werden soll. Damit setzt sie ein internationales Übereinkommen vom 2. Februar 1998 in nationales Recht um.

Ziel des Abkommens ist es, mithilfe der so genannten Helsinki-Kommission eine Meeresverschmutzung des Ostseegebiets aus den dafür möglichen Verschmutzungsquellen zu verhindern.

Um dies zu gewährleisten, müsse sowohl den Bediensteten der Kommission als auch den Sachverständigen im Auftrag der Kommission diejenigen Vorrechte und Immunitäten gegeben werden, mit denen sie ihre Aufgaben in voller Unabhängigkeit wahrnehmen können.

Weiter heißt es in dem Abkommen, die Helsinki-Kommission agiert völkerrechtlich auf der Grundlage des Helsinki-Übereinkommens von 1992 zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets, welches am 17. Januar 2000 in Kraft getreten ist

=====  
Ende des newsletter/d/21

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)  
Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: ( + 49 ) 7352 940529

email: [Scherrmann@safer-world.org](mailto:Scherrmann@safer-world.org) , [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org),

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informationen-Netzwerk für eine gesündere Umwelt